



Alex Sorokin

Mögen die Spiele beginnen

Die Vorfreude im Ritterlager auf den Winger Allerwiesen ist groß. Angesichts des herrlichen Wetters können es die Teilnehmer der 10. Deutschen Ritter-Meisterschaft kaum erwarten, endlich in den Sattel zu steigen. „Die Stimmung ist super, es läuft alles bestens“, sagte Organisatorin Sabine Angelov gestern. Die Aufbauarbeiten, die am Montag begonnen hatten, dauerten bis in den späten Freitagabend an. Heute um 11 Uhr beginnt das zweitägige Spektakel. (cli)

HEUTE IN DER CZ

Auftrieb für die DLRG

Auf dem Weg zum Kompetenzzentrum: Bei der DLRG in Celle gibt es drei neue Lehrscheininhaber.

» Lokales | Seite 9



Celle familienfreundlicher machen

Der gemeinnützige Verein „Celler Glückskinder“ ist angetreten, um die Stadt familienfreundlicher zu machen.

» Lokales | Seite 10

Ausnahmezustand

Die Einwohner von Bockelskamp und Flackenhorst erobern mit einem Festumzug die umliegenden Dörfer.

» Landkreis | Seite 17



VfL Wathlingen steigt ab

Nach dem 1:3 am letzten Spieltag gegen VfL Westercelle II steht der VfL Wathlingen als letzter Absteiger aus der Fußball-Kreisliga fest.

» Lokalsport | Seite 24

Erhöhter Druck auf Impfmuffel

Bundesrat lehnt Gesetzespläne als „nicht sachgerecht“ ab

BERLIN. Die Pflicht zur Impfberatung für Eltern soll verschärft werden, dabei sollen Kindertagesstätten helfen. Das sieht eine Neuregelung aus dem Bundesgesundheitsministerium vor, die am Donnerstag im Bundestag verabschiedet werden soll. Eine Sprecherin von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) bestätigte, dass Kita-Leitungen künftig Eltern, die keine Impfberatung in Anspruch genommen haben, bei den zuständigen Gesundheitsämtern melden sollen.

Seit 2015 müssen die Eltern einer Kita-Leitung bei der Anmeldung ihres Kindes mitteilen, ob sie sich beim Kinderarzt über Impfungen beraten lassen haben. Die Kitas müssen den Nachweis einfordern, andererseits dürfen sie aber dem Kind den Platz nicht verweigern, weil die Eltern darauf einen Rechtsanspruch haben. Es ist den Leitungen bisher freigestellt, ob sie das Gesundheits-

amt informieren, wenn der Nachweis über eine Impfberatung fehlt. Die Gesundheitsämter wiederum können sich dann an die Eltern wenden. Die Weigerung, sich beraten zu lassen, kann schon heute als Ordnungswidrigkeit mit bis zu 2500

Euro Bußgeld geahndet werden.

Die Sprecherin des Bundesgesundheitsministeriums erklärte, man hoffe, künftig alle Eltern zu erreichen, die die Beratung lediglich vergessen hätten oder nicht gut informiert seien. Erklärte Impf-

gegner werde man nicht überzeugen können.

Der Bundesrat lehnt die vorgesehene Regelung als „nicht sachgerecht“ ab. Es sei nicht Aufgabe der Leitungen von Kindertageseinrichtungen, dem Gesundheitsamt personenbezogene, gesundheitsspezifische Angaben zu übermitteln, heißt es in der Stellungnahme der Länderkammer. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) unterstützt die geplante Regelung hingegen.

Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums steigen die Impfquoten bei Schulanfängern seit einigen Jahren leicht. Bei Masern, Mumps und Röteln seien sie aber unverändert. Nur knapp 93 Prozent der Schulanfänger hätten 2015 die zweite maßgebliche Masernimpfung erhalten. Zuletzt war am Wochenende eine 37-jährige Mutter in Essen an Masern gestorben. Je einen weiteren Todesfall gab es 2015 und 2011. (epd)



Karl-Josef Hildenbrand

Ein kleiner Pieks für mehr Schutz: Nur knapp 93 Prozent der Schulanfänger haben 2015 die zweite maßgebliche Masernimpfung erhalten.

Anschlag geplant?

ESSEN. Spezialkräfte der Polizei haben in Essen einen mutmaßlichen Islamisten festgenommen. Der 32 Jahre alte Konvertit steht im Verdacht, möglicherweise einen Anschlag geplant zu haben. „Der Mann stand unter Beobachtung“, sagte gestern Rainer Kock von der ermittelnden Essener Staatsanwaltschaft.

Der 32-Jährige habe sich offenbar Waffen beschaffen wollen, erklärten Staatsanwaltschaft und Polizei. Bislang lägen aber keine Erkenntnisse für eine konkrete Anschlagsgesfahr vor. Dem Staatsschutz sei bekannt gewesen, dass der Mann sich radikalisiert habe, hieß es. Mehr habe sich aber bislang nicht ergeben. Der Festgenommene soll bereits polizeibekannt gewesen sein. (dpa)

Auch General Motors wegen Abgas-Vorwürfen verklagt

DETROIT. Mit General Motors (GM) ist in den USA ein weiterer großer Autokonzern wegen angeblichen Abgasbetrugs ins Visier der Anwälte geraten. Gegen den US-Branchenführer wurde eine Sammelklage im Namen von Diesel-Besitzern bei einem Gericht in Detroit eingereicht.

Dem Hersteller wird vorgeworfen, bei rund 705.000 Fahrzeugen mit Hilfe spezieller Software, sogenannten Defeat Devices, die Emissionswerte des Schadstoffs Stickoxid manipuliert zu haben. Es geht um schwere Pick-up-Trucks der Marken Chevrolet Silverado und GMC Sierra Duramax, betroffen sind die Modelljahrgänge 2011 bis 2016. GM wies die Behauptungen als unbegründet zurück.

Hinter der Klage steht die US-

Kanzlei Hagens Berman, die zuvor bereits mit ähnlichen Sammelklagen gegen Volkswagen, Daimlers US-Tochter Mercedes-Benz und Fiat Chrysler auf sich aufmerksam gemacht machte.

Zwar hat bislang nur VW ein Schuldgeständnis abgegeben und im Rahmen von Vergleichen Entschädigungen und Strafen in den USA akzeptiert, doch die Branche droht angesichts der vielen Klagen immer stärker in Verruf zu geraten. Erst am Dienstag hatte das US-Justizministerium Fiat Chrysler wegen angeblicher Abgas-Manipulation verklagt.

In Deutschland ist Daimler wegen des Verdachts auf Abgas-Tricksereien ins Visier der Stuttgarter Staatsanwaltschaft geraten, die erst vor zwei Tagen mit einem Groß-

aufgebot an Polizeikräften mehrere Standorte durchsuchen ließ. In Frankreich wird gegen Renault und die PSA Group mit den Marken Peugeot und Citroën ermittelt.

Auch der deutsche Zulieferer Bosch, der bereits als Mitbeschuldigter im VW-Skandal Vergleiche mit US-Klägern hinnehmen musste, gerät immer stärker unter Druck. In den Zivilverfahren, die US-Dieselbesitzer gegen Mercedes-Benz, Fiat Chrysler und GM anstrengen, ist das Unternehmen jeweils mitangeklagt. Bosch wird verdächtigt, wie bei VW an der Entwicklung der Manipulations-Software zur Abgaskontrolle beteiligt gewesen zu sein. In Deutschland wird im Fall Daimler ebenfalls wegen Beihilfe gegen Bosch ermittelt. (dpa)

KURZ & BÜNDIG

Zeichen der Entspannung

Erstmals seit fast acht Monaten dürfen Bundestagsabgeordnete wieder deutsche Soldaten in der Türkei besuchen. Die Bundesregierung informierte gestern die zuständigen Parlamentsausschüsse, dass sie zu den 20 bis 30 deutschen Soldaten auf dem Nato-Stützpunkt Konya reisen dürfen. Für die türkische Luftwaffenbasis Incirlik gilt dagegen weiter ein Besuchsverbot. Trotzdem kann die Besuchserlaubnis für Konya als ein erstes Zeichen der Entspannung gewertet werden.

» Politik | Seite 5

Kommunen gegen SPD-Pläne

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund lehnt die von der SPD geforderte Abschaffung der Kita-Gebühren ab. „Da Eltern mit geringem Einkommen ohnehin keine Beiträge entrichten, darf die Beitragsfreiheit nicht das primäre politische Ziel sein“, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Vorrang müssten vielmehr der Ausbau, eine Verbesserung der Qualität und zusätzliche flexible Betreuungszeiten haben.

SEITENKOMPASS

Stellenmarkt	Seite 27 – 28
Wohnen & Leben	Seite 29 – 32
Auto & Mobiles	Seite 35 – 40
Fernsehen	Seite 41 – 42
Rätsel & Horoskop	Seite 50
CZ für Kinder	Seite 51

WETTER



HEUTE
28
15

SEITE 16



MORGEN
28
13

IHR KONTAKT

Aboservice	Telefon 0800 1432110 (kostenlose Servicenummer)
Redaktion	Telefon (05141) 990110
Anzeigen	Telefon (05141) 990150
Im Netz	www.cellefische-zeitung.de

